

Stadtkultur zwischen Universalismus und Identität

Albrecht Göschel

Von der Öffentlichkeit kaum registriert hat sich in den letzten Jahren eine Funktionsverschiebung von Stadt und Kommune vollzogen, die auch die Bedeutung von Stadtkultur und städtischer Kulturpolitik betrifft: An die Stelle der intermediären Rolle, die die Stadt traditionell zwischen Bürger und Staat spielt, tritt zunehmend eine Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie als Leistung von Stadt und Kommune. Form und Folgen dieses Wandels für Stadtkultur und städtische Kulturpolitik bilden den Gegenstand dieses Beitrags.

Dr. Albrecht Göschel ist Soziologe und Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik (difu) in Berlin.



Von der Öffentlichkeit kaum registriert hat sich in den letzten Jahren eine Funktionsverschiebung von Stadt und Kommune vollzogen, die auch die Bedeutung von Stadtkultur und städtischer Kulturpolitik betrifft: An die Stelle der intermediären Rolle, die die Stadt traditionell zwischen Bürger und Staat spielt, tritt zunehmend eine Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie als Leistung von Stadt und Kommune. Form und Folgen dieses Wandels für Stadtkultur und städtische Kulturpolitik bilden den Gegenstand dieses Beitrags.

Angesichts der vielfältigen Verwendungen der Begriffe »Kultur« und »Stadt« sollte bei der Rede über »Stadtkultur« von vornherein angegeben werden, welche Bedeu-

tungen dieser Begriffe jeweils gemeint sind. Unter »Kultur« sollen im Folgenden die Werte, die moralischen Normen verstanden werden, auf die sich eine Gesellschaft stützt, deren Überschreitung also Sanktionen unterschiedlichster Art nach sich ziehen kann, die aber auch dann als wünschenswert gelten, wenn sie eher nicht erreicht werden; und »Stadt« soll als politische Körperschaft, als Kommune aufgefasst werden, als politische Organisation, allerdings auf einer räumlich-territorialen Basis und mit den Phänomenen hoher Verdichtung von einander fremden Menschen.

Universalistische Stadtkultur in der Intermediarität der Stadt zwischen Bürger und Staat

In der Forschung zur Lokalpolitik besteht kaum Zweifel daran, dass die Funktion der Kommune in ihrer Intermediarität, in ihrer Vermittlungsleistung zwischen individuellem Bürger und Staatswesen zu sehen ist, und zwar sowohl historisch als auch normativ, als erwünschtes oder angestrebtes Ziel städtischer Politik und städtischen Lebens. In einigen klassischen Formulierungen kommt diese in Toc-

quevillescher Tradition stehende Vorstellung unmissverständlich zum Ausdruck, so wenn »der Stadtbürger als Fundament des Staatsbürgers« (Edgar Salin) gesehen oder Urbanität aus ihrem politischen Gehalt, als Diskurs der Bürger in freier Selbstbestimmung (Hartmut Häußermann/Walter Siebel) definiert wird. Selbst der populäre Satz »Stadtluft macht frei« ist in dieser Sicht als Befreiung des Bürgers von der Willkür des – feudalen – Staates zu verstehen, nicht primär von den engen sozialen Kontrollen des Dorfes. Schutz des Bürgers vor staatlicher Macht und Willkür einerseits, Beeinflussung staatlicher Politik und Macht durch die lokale Willensbildung in der Stadt andererseits sind demnach die beiden Richtungen, in denen sich Stadt als intermediäre Ebene zwischen Bürger und Staat zu behaupten und zu realisieren hätte.

Es ist nun zu fragen, was denn eine solche Konzeption von Intermediarität für die kommunale Kulturpolitik bedeutet. Was sollte also kommunale Kulturpolitik im Sinne des normativen Kulturbegriffs, der »ethischen Werte« als Gegenstand von Kultur, zur moralischen Fundierung des Staates einerseits, zum Schutz vor staatlicher Macht und Willkür andererseits beitragen? Da der Schwerpunkt kommunaler Kulturpolitik in der Förderung von Kunsteinrichtungen liegt, muss also konsequenterweise gefragt werden, welche normativen Leistungen im Sinne dieser Intermediarität denn in der Kunst gesehen werden könnten. Dies scheint zwar aus heutiger Sicht eine irritierende Frage zu sein, denn sicher ist kaum einem kommunalen Kulturpolitiker noch gegenwärtig, dass Kunstförderung aus diesen Gründen betrieben werden könnte – in der Tradition deutscher Aufklärung aber, in ihren ethischen und ästhetischen Reflexionen, liegt dieser Gedankengang nicht nur nahe, er bildet geradezu den Kern von Begründungen für den Wert und die Bedeutung von Kunst und der Politik, die dies fördert.

In zwei klassischen Argumentationssträngen finden sich diese Begründungen, zum einen in der moralischen Dimension des Geschmacksurteils angesichts zweckfreier Kunst (Kant), zum anderen im »Vorschein der Idee«, die das Ästhetische oder das Schöne leisten, einer Idee, die sich selber nicht im

Ästhetischen erschöpft, sondern mit dessen Hilfe auf etwas anderes verweist (Hegel). In aller notwendigen Kürze: Das Geschmacksurteil bedeutet die Erfahrung des freien, autonomen Urteils; und diese Erfahrung kann, einmal vollzogen, nie wieder als Möglichkeit geleugnet werden und ist damit zumindest potenziell auch auf andere Bereiche, also z.B. auf Politik, zu übertragen. Ursprünglich möglich aber wird moralische Autonomie nur durch ästhetische Autonomie vor dem ästhetischen Gegenstand, also in der Kunst, die damit ihre Berechtigung als moralische Leistung erhält. Gleichfalls vom ausschließlich ästhetischen Eindruck, also nicht von Inhalten im Sinne einer »kritischen Kunst«, geht der Gedanke des »Vorscheins der Idee« aus. Im gelungenen Kunstwerk der vollkommenen Harmonie, die als Schönheit wahrgenommen wird, zeigt sich eine Idee der Vollkommenheit, die nur durch Befreiung von allen zweckhaften Bindungen erreicht werden kann. Das Kunstwerk verweist demnach auf eine Reinheit und Vollkommenheit, die nur nach Befreiung von allen Zwängen, von »wesensfremden« Zwecken, erreichbar ist und bildet auch in diesem Sinne eine moralische Aufforderung zu eben einer solchen Befreiung von Wesensfremdem, zu einem Aufbruch zum eigentlichen und wahren Wesen von Humanität, zur Emanzipation von fremden Zwecken und Zwängen. Beide Emanzipationsmodelle sind jedoch aus heutiger Sicht, 200 Jahre nach ihrer Formulierung, kaum noch überzeugend, was natürlich in keiner Weise als Kritik an ihren Schöpfern gesehen werden kann.

Die Kritik an der normativen Leistung des ästhetischen Geschmacksurteil liegt unter anderem in der Erkenntnis, dass eben dieses Geschmacksurteil selbst eine Funktion hat, die als Unterscheidungsleistung, als Distinktionsurteil soziale Hierarchien und Ungleichheiten legitimiert und festigt (Pierre Bourdieu). Und in der Interpretation des Ästhetischen, des Schönen und vollkommen Harmonischen als Vorgriff und Verweis, als Vorweg-Zeigen des befreiten Wesens wahrer Humanität sehen wir heute ein Modernisierungs- und Fortschrittsbild, das religiöse Erlösungshoffnungen ins Diesseits zu übertragen sucht, die innerweltliche Erlösung da verspricht, wo religiöse Transzendierung der Rationalität der Aufklärung nicht mehr standzuhalten vermochte, aufklärerische Ästhetik sich vom Gedanken der Erlösung aber dennoch nicht zu trennen bereit war.

Im Licht dieser Einwände werden die normativen Intentionen, um die es in diesen ästhetischen Theorien geht, erkennbar. Sowohl die Annahme einer Begründung von freier Urteilskraft, die ja kein spe-

zifisches Urteil, sondern nur die Fähigkeit zum Urteilen bedeutet, als auch die Vorstellung eines wahren Wesens, einer Idee des Menschlichen und Humanen, die selbst noch keine bestimmte Moral fordert, stellen normative Minima dar, also eine »Mindestmoral«, die den Bürger auszeichnen muss, wenn er an Politik in demokratischer Weise teilnehmen will. Und beide hier skizzierten Normen, Urteilsfähigkeit und Emanzipationswillen, bilden genau die beiden Seiten kommunaler Kulturpolitik, wenn diese als Intermediarität zwischen Bürger und Staat wirken soll: Urteilsfähigkeit als Voraussetzung zur Mitbestimmung an demokratischer – kommunaler und staatlicher – Politik, Emanzipations- und Selbstbestimmungswillen als Voraussetzung zur Abwehr staatlicher Willkür und unbegründeter Macht. Das heißt, »Urteilkraft« und »Vorschein der Idee« bezeichnen die beiden minimalen moralischen Normen, deren Demokratie als Grundlage bedarf. Und beide sollen durch die Erfahrung des Ästhetischen, durch Kunst erschlossen werden, wie sie bürger-

»Da der Schwerpunkt kommunaler Kulturpolitik in der Förderung von Kunsteinrichtungen liegt, muss also konsequenterweise gefragt werden, welche normativen Leistungen im Sinne dieser Intermediarität denn in der Kunst gesehen werden könnten.«

schaftliche, vorstaatliche Kunstförderung, als die kommunale Kulturpolitik traditionell wirkt, verfügbar macht. Kunstförderung in dieser ästhetischen Tradition trifft also die normative Seite der Intermediarität der Kommune zwischen Bürger und Staat, die Forschung zur lokalen Politik bis in die Gegenwart als Gegenstand von Kommune unter-

stellt und untersucht: Sicherung normativer Minima, die einerseits Teilnahmefähigkeit an, zum anderen Selbstbehauptung in demokratischer Form gegen staatliche Politik begründen, wenn diese sich in Willkür hinein bewegt, modern ausgedrückt also als illegitime Gewalt handelt.

Die genannten Kritiken zeigen aber die Paradoxien dieses Konzepts, die historisch mit dramatischen Folgen verbunden sind: Das ästhetische Geschmacksurteil begründet empirisch nicht den autonomen Bürger in einer egalitären Bürgergesellschaft, sondern Klassen- und Oligarchienherrschaft, wie sie in der Politik, auch und besonders in der Kommunalpolitik, gang und gäbe sind; und die Vorstellung von einem Vorschein der Idee im Sinne des »Wesens«, des wahren Humanum als moralischem Minimum von Emanzipationswillen, ist im Laufe des letzten Jahrhunderts verkehrt worden in moralische Maxima staatlicher Herrschaftsbegründung. Vor allem im Kommunismus wurde durch dieses Modernisierungsbild, das als ästhetisches begründet ist, innerweltliche Erlösungshoffnungen legitimiert, die es erlaubten, ganze Gesellschaften als Kunstwerke dem Willen des »Künstlerherrschers«, dem nach seinem Schöpferwillen gestaltenden Diktator zu unterwer-

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung des Eröffnungsvortrages zum 3. Deutsch-Französischen Kulturgespräch *Die europäische Stadt als Lebensform* im Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg am 29. Juni 2000.



Identifikatorische Stadtkultur in der Intermediarität der Stadt zwischen Bürger und Ökonomie

Auch die Leistung von Kommune oder Stadt als Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie hat sich bereits in sehr prägnanten Formulierungen niedergeschlagen, z.B. in der These von einer »Hanseatisierung der deutschen und europäischen Stadt« (Robert Picht), mit der die Stadt aus ihrer Beziehung zum Welthandel, also zur globalisierten Ökonomie bestimmt wird; oder in Vorstellungen, es müsse lokale Wirtschaftskreisläufe und Wirtschaftsräume möglicherweise sogar mit eigenen Währungen geben (Thomas Sieverts), lokale Tauschringe, einen so genannten »Local Exchange Trade«, Konzepte, in denen offensichtlich das lokale Gemeinwesen aus seiner ökonomischen Autonomie gegenüber nationaler oder globaler Wirtschaft, nicht aus politischer Autonomie gegenüber den politischen Machtansprüchen des Staates bestimmt wird. Selbstverständlich wird diese neue Intermediarität der Stadt auch bezweifelt und genau wie in der politischen Vermittlungsleistung als einsinnige Funktionalisierung der Stadt für die Bedingungen der Ökonomie bezeichnet, so wenn zum Beispiel behauptet wird, die ökonomische Funktion der Kommune beschränke sich darauf, das allgemein verbindliche Ziel des Wirtschaftswachstums im lokalen Rahmen spezifisch zu realisieren.

Ohne auf diese Debatte hier näher eingehen zu können, stellt sich die Frage, ob die nunmehr vorherrschende Stadtkultur in derselben Weise wie die emanzipatorisch-aufklärerische – die einerseits vor staatlicher Macht schützen, andererseits die normativen Grundlagen einer demokratischen Politikteilnahme sichern sollte – eine normative Intermediarität zwischen »Übergriffen« einer globalen Ökonomie und einer normativen, ökonomisch orientierten »Urteilsfähigkeit« des Bürgers bedeuten könnte, die der Kultur einer Intermediarität zwischen Bürger und Staat entspricht.

Dies scheint in der Tat der Fall zu sein. Die forcierte Ökonomisierung der letzten Jahre im Zuge einer tendenziell neoliberalen Globalisierung scheint inzwischen auch in breitem Bewusstsein als Pervertierung von Freiheitsvorstellungen wahrgenommen zu werden. Das heißt, die Emanzipationshoffnungen der Aufklärung und des liberalen Staates, die sich besonders in der Stadt, in Stadtkultur entfalten sollten, beginnen unter dem Diktat einer entfesselten Ökonomie ihre dunklen Seiten zu zeigen. Die neuen Freiheiten, die von der durch Aufklärung erwarteten Moderni-

fen. Die emanzipatorischen Implikationen des Ästhetischen, wie sie aufklärerische Ästhetik aus ihren historischen Bedingungen nahe legte, Bedingungen, die die Befreiung von staatlicher und feudaler Willkür tatsächlich zum Ausgangspunkt funktionierender Demokratie werden ließen, scheinen im Rückblick also in höchstem Maße fragwürdig zu sein.

Allerdings muss man auch fragen, ob denn die Intermediarität der Kommune zwischen Bürger und Staat tatsächlich das brennende aktuelle Problem darstellt, nachdem politische Willensbildung auf der Ebene des Staates in höchstem Maße nach demokratischen Prinzipien verfahrensmäßig geregelt ist, Übergriffe und schiere Willkürakte staatlicher Politik gleichfalls durch entwickelte Rechtsstrukturen verhindert werden – können. Eher erscheint »der Staat«, wenn man denn von ihm in dieser Weise pauschal sprechen kann, als ein politisch-administratives System der Sicherheits- und Leistungsproduktion, vor dem man sich – als Bürger – weniger zu schützen hat, als dass man es – als Bürger – mit Forderungen konfrontiert. Anders ausgedrückt scheint es, als habe sich der Staat, legitimiert als Sozial- und Rechtsstaat, soweit demokratisch domestizieren lassen, dass eine Intermediarität der Kommune in dieser Hinsicht nicht mehr notwendig erscheint. Es scheint gegenwärtig eine andere Intermediarität als Leistungsanforderung auf die Kommunen zuzukommen, die der Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie. Dennoch macht z.B. ein historischer Rückblick auf die Erfahrung mit dem Faschismus verständlich, dass durch Kulturpolitik, durch Kunst, die sie fördert, Normen gesucht wurden, die sich emanzipatorisch gegen politische Macht und Willkürherrschaft wandten und Demokratie moralisch begründen sollten.

»Die forcierte Ökonomisierung der letzten Jahre im Zuge einer tendenziell neoliberalen Globalisierung scheint inzwischen auch in breitem Bewusstsein als Pervertierung von Freiheitsvorstellungen wahrgenommen zu werden.«

sierung ausgehen sollten – ein Abwerfen von Fesseln, ein Ausbrechen aus Zwängen –, erweisen sich zunehmend als neue, noch rigidere Zwänge, wie sich an zentralen Emanzipationsvorstellungen leicht demonstrieren lässt.

Enträumlichung als Befreiung von der Fesselung an einen Ort und dessen Traditionen und Verpflichtungen, von Immobilität, von Hörigkeit gegenüber dem, dem das Land gehörte, wandelt sich: Ausweitung der Handlungs- und Erfahrungsmöglichkeiten, die Freiheit, den eigenen Ort zu suchen und zu finden, wird zu Ort- und Heimatlosigkeit, zum Zwang, nach den Bedingungen des Arbeitsmarktes ein Leben lang »zu wandern«, ohne dass mit den neuen Orten neue, bereichernde Erfahrungen verbunden wären. Unter dem Diktat der Mobilität bleiben die Tätigkeiten an den verschiedenen Orten mehr oder weniger gleich, auch die Orte beginnen sich zu gleichen, und dennoch verhindert die ökonomisch erzwungene Mobilität eine Entwicklung verlässlicher, langfristiger Bindungen und Freundschaften.

Beschleunigung als zentrales Phänomen der Modernisierung, positiv als Ausweitung von Handlungsräumen, als Intensivierung des Lebens verstanden, wird zur Unrast des modernen Lebens, zur permanenten Zeitknappheit, zum Diktat der Uhr (Georg Simmel). Natürliche Zeitabläufe und Zeiteinheiten zerfallen in immer kleinere Einheiten, die mit Inhalten gefüllt werden müssen, aber keinen Zeithrhythmus mehr ergeben, so dass Zeit im Grunde zerstört wird. Stillstand bei äußerster Hektik scheint das Gefühl zu sein, das sich zunehmend verbreitet. Darüber hinaus wird Beschleunigung durch dauernde und weitreichende Mobilität zur dominierenden ökologischen Bedrohung, so dass die zentrale Fortschrittshoffnung der Beschleunigung nicht nur die Zeit als Erfahrung zunichte macht, sondern durch irreparablen Ressourcenverbrauch die Grundlagen unserer Zivilisation insgesamt gefährdet.

Vernunft oder Rationalität als die zentrale Hoffnung der emanzipatorischen Aufklärung und Ziel ihrer Kultur scheinen gleichfalls in der Durchsetzung ökonomischer Dominanz pervertiert zu werden zur Rationalität ökonomischen Nützlichkeitskalküls, das jeden Einzelnen und jede Gruppe mit Ausschluss bedroht, wenn diesem Kalkül nicht entsprochen wird. Das gegenwärtige Integrationsproblem in den Städten vor allem der Dritten Welt oder der Schwellenländer, aber auch in den deutschen und europäischen Städten scheint aus dieser Exklusion zu resultieren – hervorgerufen durch ökonomische Nutzlosigkeit, mit der sich dann auch der Ausschluss von den anerkannten,

als normal geltenden Lebensformen vollzieht. Exklusion wird zur Nachtseite von Individualisierung.

Stadtkultur hat sich in den letzten Jahren zunehmend als Reaktion auf diese dunklen Seite der Moderne entwickelt: An die Stelle einer Emanzipation von Orten oder Ortsbindungen und den mit ihnen verbundenen Pflichten treten neue Bindungswünsche. An die Stelle der Zurichtung von Orten für ihre Funktionen und der damit verbundenen Gestaltverluste, wie sie dem Bauhaus und einem funktionalistischen Städtebau vorschwebten, treten Wünsche nach Wiedererkennbarkeit, Unverwechselbarkeit von Orten und Städten, nach lokaler Authentizität und räumlichen Zeichen, nach Identität und Einmaligkeit. An die Stelle einer Intensivierung durch Beschleunigung treten zum einen Hoffnungen auf Intensivierung durch Verlangsamung, zum anderen Sehnsucht nach einer Dauerhaftigkeit des Ortes, nach seiner Unwandelbarkeit, nicht nach der Dynamik permanenter Veränderung, der moderne Städte in der Regel unterliegen. Die Zeichen des Raums, mit denen der Einzelne sein Leben verbringt, sollen als Symbole dieses Lebens erhalten bleiben und nicht mit ihrem Verschwinden auch das Leben vernichten, das sich als Erinnerung an Orte und ihre Zeichen heftet. Und an die Stelle einer ökonomisch pervertierten Rationalität als Nützlichkeitskalkül, das als einziges noch Zugehörigkeit und Integration rechtfertigt, sollen Mitgliedschaften treten, die sich der ökonomischen Nützlichkeitsentziehung und durch Anwesenheit, Teilnahme und Empathie gesichert und verlässlich sind.

Diese Reaktionen auf eine ökonomisch pervertierte Modernisierung bedeuten nichts anderes als das, was wir mit dem inflationär verwendeten Begriff der Identität – des Ortes und des Einzelnen – bezeichnen. Stadtkultur und städtische Kulturpolitik müssten demnach zu einer Kultur und Politik der Identität, der Integration durch Identität und Identifikation finden. Nicht Vermittlung und Entfaltung von Abstraktion, Universalität und Vernunft, wie sie in den idealistischen Traditionen anvisiert waren und der Vermittlung der Kommune zwischen Bürger und Staat entsprachen, sondern Konkretion, Bindung und emotionale Sicherheit, die durch ökonomische Rationalität, Beschleunigung und Enträumlichung gerade vernichtet werden, müssten demnach in der neuen Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie Gegenstand lokaler Kulturpolitik sein.

Genau diese Identitätspolitik scheint nun aber von vielen Städten schon seit etlichen Jahren verfolgt zu werden, und wir kennen die unangenehmen Erschei-

»Stadtkultur hat sich in den letzten Jahren zunehmend als Reaktion auf diese dunklen Seite der Moderne entwickelt: An die Stelle einer Emanzipation von Orten oder Ortsbindungen und den mit ihnen verbundenen Pflichten treten neue Bindungswünsche.«

nungen, die häufig mit dieser Strategie einhergehen: Sie wirkt zum einen antistädtisch und zutiefst reaktionär, klein- oder spießbürgerlich. Zum anderen wird sie nicht als Gegengewicht, als Filter gegen die Dominanz von Ökonomie, sondern als Vermarktungsstrategie eingesetzt, also gerade zur Durchsetzung ökonomischer Zwänge auf lokaler Ebene. Durch Betonung einer eigenen Identität aus lokalen und regionalen Traditionen versucht jede Stadt und Region in einer neuen »Ökonomie der Aufmerksamkeit« (Georg Frank) Standortvorteile gegenüber Konkurrenten zu gewinnen, die alle im Prinzip die gleichen Strategien verfolgen.

Dennoch zeigt sich, dass bei einer Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie nicht die universalen Kategorien eines ethischen Minimums im Vordergrund stehen, die Stadtkultur zu sichern bemüht war, solange sie sich auf eine Vermittlung zwischen Bürger und Staat bezog. An deren Stelle scheinen tendenziell normative Kategorien der Empathie, der Bindung, der Identität zu treten, Vertrautheit und konkrete Verpflichtung, die zu ethischen Maxima tendieren und nur als reale Handlungen konkreter Einzelner und konkreter Gruppen an konkreten Orten entfaltet werden können, wenn sie ein Gegengewicht gegen Enträumlichung, ökonomische Rationalität und Auflösung der Zeit setzen sollen.

Orientierte sich Kulturpolitik, die sich aufklärerischen Traditionen verpflichtet fühlte, an Vorstellungen

einer »nicht affirmativen« Kunst und deren Förderung und an einem eher funktionalistischen Städtebau, so tritt an deren Stelle heute eine Architektur der »Behausung«. Und der Begriff einer »nicht-affirmativen« Kunst und Ästhetik scheint im Zuge pragmatischer Kunsttheorie vollkommen seine Plausibilität verloren zu haben. Ästhetische Produktion muss viel eher immer als

Ausdruck von Anerkennungsansprüchen hier und heute und nicht als Verweis auf fernes Anderes und wesentlich Gutes gesehen werden. Kunst ist also vermutlich immer zumindest auch affirmativ und hat nur deshalb überhaupt eine Bedeutung, weil sie Emotionen und Empathie evoziert. Kunst und Städtebau dienen mit Blick auf eine neue Intermediarität also zu Recht als »Identifikationsgegenstände«, auch dann, wenn sie keine regionale Kunst, keine Folklore produzieren, sondern sich auf ein internationales Kunstgeschehen beziehen.

Und dennoch beschleichen jeden, der die Offenheit der Stadt, ihre Anonymität liebt, schwere Bedenken bei einem solchen Szenario. Wird hier Gegenmoderne, Sehnsucht nach dem Dorf in der globalisierten Welt ausgerufen? Soll Stadtkultur jetzt hei-

ßen, dass Traditionen inszeniert werden als Kompensationen für eine traditionslose Welt? Müssen Städte »antistädtisch« werden, wenn sie der globalen Ökonomie trotzen wollen, um sich dann als quasi potemkinsche Dörfer lokaler Identität und Identifikation nur um so erfolgreicher im internationalen Konkurrenzkampf eines Welthandels, einer neuen Hanseatisierung zu behaupten? Wie ist also das Problem der lokalen Bindung und Identität als kommunale Identitätspolitik ohne Regression zu lösen?

Die Antwort könnte sein, dass diese Identität als Kultur der Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie nur dann von antimodernen, reaktionären und regressiven Impulsen frei bleiben kann, wenn sie sich nicht als essentialistisch, also nicht als »wesenhaft« versteht, sondern die Zufälligkeit, Wahlmöglichkeit und Fragmentierung aller Identitätskonstruktion im Blick behält, wenn also Identität als kontinuierliche Aufgabe und nicht als gleichsam naturhafte Gegebenheit verstanden wird. An der Entwicklung ganzer kultureller Genres lässt sich diese Fragmentierung von Wesen und Identität zeigen.

In der Geschichte des Romans vom Abenteuer zum psychologischen Roman löst sich die klare Trennung von eigenem, kultiviertem Wesen gegenüber fremder Barbarei auf zu einer inneren Fragmentierung der Psyche in »Kultiviertes« und »Barbarisches« in einer Psyche. Als Vorgang dieser Verwischung von klaren Grenzen und Distanzen zwischen Stadt und Land und einer Verlagerung dieser Grenzen nach innen kennzeichnet diese Fragmentierung die Stadt als Siedlungsform (von der mittelalterlichen Festungsstadt zur modernen Regionalstadt), die Malerei (von traditioneller Kompositionstechnik mit narrativem Gehalt zur Abstraktion der Farbe und leeren Leinwand), die Musik (von klassischer Polyphonie mit der Tonart als musikalischer Einheit über die »Individualisierung« der Töne in der Zwölftonmusik zur Auflösung des einzelnen Tones bei Giacinto Scelsi).

Eine Identität des einzelnen Bürgers, die ihn als Ganzes zu einem wesenhaft mit seiner Stadt und seiner Region, mit seiner Nation oder seinem Staat verbundenen Teil wiederum eines Ganzen werden ließe, ist also angesichts der Auflösung solcher Ganzheitlichkeiten nicht mehr vorstellbar. Auch lokale Identität und Identifikation bleiben bewusste Konstrukte, keine Wesenhaftigkeiten. Wenn sie dazu erklärt würden, wie es z.B. der Faschismus zu tun versuchte, müsste man sie als unweigerlich regressiv und reaktionär ansehen. Die neue Stadtkultur der Identität, Bindung und Verlangsamung dürfte also nicht zum regressiven Patriotismus mutieren, aber eine Garantie gibt es nicht. Vielmehr müssten, wie es in zahlreichen Ansätzen auch bereits geschieht, Ideen für progressive Identitätskonstruktionen (Manuel Castells) entwickelt werden, die von Teilaspekten



gegenwärtiger Zivilisation oder Zivilisationsgefährdung ausgehen, wie z.B. die Umweltbewegung, die Frauen- oder Kinderladenbewegung.

Konsequenzen für die Kommunalpolitik

Kulturpolitik kann sich unter diesen Bedingungen kaum noch auf Förderung eines bestimmten Mediums, auf Kunstförderung beziehen, sondern müsste vielfältige Ansätze bürgerschaftlichen Handelns im symbolisch-ästhetischen Bereich in die Wege leiten. Ein solches Handeln hätte sich allerdings auf relevante Teilnahme oder Eigenproduktion mit Unterstützung der Stadt zu richten, nicht auf die Kompensation schrumpfender kommunaler Haushalte durch Übertragung marginaler Arbeiten auf selbstlose Helfer und Geldgeber. Die gegenwärtige Debatte um die »neue Bürgergesellschaft«, um bürgerliches Engagement, bezieht zu großen Teilen ihre Relevanz aus dieser neuen Perspektive von Stadt und Stadtkultur als Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie.

Städtebau könnte, wenn dieses Konzept verfolgt wird, nicht mehr einem Funktionalismus und dessen impliziten universalen ethischen Kategorien der Befreiung folgen, sondern hätte Affirmation als Programm zu realisieren, das heißt eine Architektur der Symbolisierung des Lokalen und der Behausung. Dass dabei nicht zwingend gemütliche und gemütvolle, idyllische Traditionen aufgenommen werden müssen, zeigt die Debatte um den Berliner Lustgarten. Sowohl die nicht realisierten Entwürfe von Jochen Merz, als auch die realisierten Rekonstruktionen von Versatzstücken des 19. Jahrhunderts enthalten Lokalbezüge, Verweise auf unterschiedliche Berliner Traditionen. Den Mertz-Entwürfen ging aber jede Idyllik ab, sie bezogen sich nur auf eine andere Geschichte als die einer Romantisierung des 19. Jahrhunderts. Ähnlich liegen die Positionen im Streit um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses.

Das Konzept einer lokalen Identitäts- und Integrationspolitik als Reaktion auf die Intermediarität der Kommune zwischen Bürger und Ökonomie führt also durchaus nicht notwendig zu einer »richtigen« Rekonstruktion oder »richtigen« Neuerungen. Es eröffnet keinen Weg zu objektiver Authentizität, denn eine solche lässt sich nirgends, an keinem Ort mehr glaubhaft machen. Die Identität des Ortes, sein »Wesen«, ist genauso gespalten und innerlich fragmentiert wie das der einzelnen Person. Gelungene Lösungen in Kulturpolitik oder Städtebau sind vielleicht solche, die die Brüche erkennbar werden lassen und nicht zugunsten einer einzigen Perspektive verkleistern, aber auch dafür gibt es keine Regeln.

Sowohl die Beispiele als auch die allgemeinen Überlegungen zur Identitäts- oder Integrationspolitik der Stadt machen die beiden Gefahren deutlich, unter denen dieses Konzept steht. Erstens kann es zu einem Modell der Regression werden, zu einer Ver-

klärung lokaler Borniertheit und verspießerten Lokalpatriotismus mit allen Erscheinungen der Aus- und Abgrenzung, die dieser Haltung anhaften, wenn sie mit wesenhaften Zügen oder gar teleologischen Utopien verbunden wird. Zum zweiten kann das Konzept pervertiert werden zu billiger Maskerade und in folkloristische Belanglosigkeit absinken, wenn Stadtpolitik versucht, ein Stadtmarketing auf eine solche Identität zu gründen, Kultur der Integration also zur Besichtigung freigibt. Gegen beide Gefahren besteht keine verlässliche Absicherung. Nur das Bewusstsein der Fremdheit im Eigenen, im Selbst auf der einen Seite, der Verzicht auf erlösende Utopien auf der anderen, bieten Wälle gegen die Überschwemmung mit regressiver Identität. Nur wenn das Fremde als Teil der Identität angenommen und auf ontologische Wesenhaftigkeit verzichtet wird und wenn sich das Konzept einer Identitätspolitik nach einem bescheideneren Modernisierungsbegriff nicht als Befreiung von Zwängen begreift, sondern als Anpassungsvorgang, als Auspendeln zwischen Anforderungen »objektiver« und Begrenzungen »subjektiver« Modernisierung, können die üblen Erscheinungsformen fundamentalistischen Patriotismus auf der einen Seite, Vermarktung von Kultur als »Schaubude« auf der anderen Seite vermieden werden.

Um beiden Bedingungen gerecht zu werden, erscheint es notwendig, Stadtkultur auf eine bewusst gewählte Empathie zu gründen. Unter dieser schwierigen Perspektive lassen sich die Konsequenzen aus dem Wandel der städtischen und kommunalen Intermediarität vielleicht so zusammenfassen: In der Phase, in der Stadt als Vermittlungsinstanz zwischen Bürger und Staat zu wirken begann, als »Stadtluft frei machte« von feudalistischer Willkür, konnte der vernünftige, rational argumentierende, rasonierende Bürger als »normatives Minimum« des demokratischen Staates gelten. In der Phase von Intermediarität zwischen Bürger und Ökonomie gilt: »Stadtluft bindet«, fordert handelnde Teilnahme, Anteilnahme und Empathie im lokalen Feld der lebendigen Konfrontation mit dem Mitbürger. Kommune begründet nicht den demokratischen Staat durch Entfaltung der abstrakten, minimalen Normen, die er zu seinem Funktionieren braucht, sondern durch Konkretion der Zugehörigkeit zu einer anderen Sphäre von Gerechtigkeit (Walzer), als sie der Staat oder die Ökonomie versprechen können. Die Normen, die auf der Ebene der Stadt oder Kommune gelten sollten, dürften gerade nicht identisch sein mit denen des universalistischen Staates und erst recht nicht mit denen der globalen ökonomischen Sphäre.

»Kulturpolitik kann sich kaum noch auf Förderung eines bestimmten Mediums, auf Kunstförderung beziehen, sondern müsste vielfältige Ansätze bürgerschaftlichen Handelns im symbolisch-ästhetischen Bereich in die Wege leiten.«